

STADT GÜGLINGEN

Tagesordnungspunkt Nr. 13 c)
Vorlage Nr. 188/2022
Sitzung des Gemeinderates
am 11. Oktober 2022
-öffentlich-

Anträge der Bürger-Union

- a) Wasserspeicher Schafhausplatz / Regenerative Wärmeversorgung mit Wärmegewinnung aus Abwasser
- b) Waldbrand
- c) Aussetzen der Kita-Gebühren

Antrag zur Beschlussfassung:

- a) - Wasserspeicher Schafhausplatz
Dieser Teil des Antrags wird an die Architektin des Gebäudes weitergegeben mit der Bitte sich mit diesem Thema entsprechend zu befassen.
- Regenerative Wärmeversorgung mit Wärmegewinnung aus Abwasserwärmetauscher
Aufgrund der nicht gegebenen technischen Voraussetzungen wird dieser Teil des Antrags abgelehnt.
- b) Diese Anfrage wurde bereits in der Sitzung am 22.06.2021 beantwortet.
- c) Die Aussetzung der Elternbeiträge wird, wie im Antrag aufgeführt, nicht umgesetzt.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

	Anzahl	
Ja-Stimmen		
Nein-Stimmen		
Enthaltungen		

Themeninhalt:

Von Seiten der BU gingen bei der Stadt Güglingen am 22.08.2022 drei Anträge ein. Die Anträge nebst Anlagen zu diesen sind der Vorlage als Anlage beigelegt.

- a) Wasserspeicher Schafhausplatz / Regenerative Wärmeversorgung mit Wärmegewinnung aus Abwasser

Es wird beantragt im Wohnquartier die Installation eines großen Wasserspeichers auszuführen.

Dieser Teil des Antrags wurde an die Investoren weitergeleitet, eine Rückmeldung zu diesem Vorschlag liegt uns bisher noch nicht vor.

Zum Unterpunkt Regenerative Wärmeversorgung mit Wärmegewinnung aus Abwasserwärmetauscher:

Es wird beantragt im Zuge des Neubaus die Wärmeversorgung des Wohnquartiers mit Wärmegewinnung aus Abwasser zu generieren und in die Straßenkanalisation einen Abwasserwärmetauscher einzubauen und eine Machbarkeitsstudie zu beauftragen und Fördermittel zu beantragen.

Diesem Vorschlag kann sich die Verwaltung nicht anschließen. Die vorhandene Kanalisation in der Maulbronner Straße und Eibensbacher Straße sind nicht gegeben einen Abwasserwärmetauscher zu installieren.

Der Mindestkanaldurchmesser zum Einbau eines Abwasserwärmetauschers beträgt DN 800. In der Maulbronner Straße liegt der Kanaldurchmesser bei DN 300 und in der Eibensbacher Straße bei DN 300.

Aufgrund der nicht gegebenen technischen Voraussetzungen ist dieser Teil des Antrags abzulehnen.

b) Waldbrand

Hierzu hat der Gemeinderat bereits eine Antwort in der Gemeinderatssitzung am 22.06.2021 zum Tagesordnungspunkt Feuerwehrbedarfsplan Vorlage Nr. 103/2021 erhalten. In der Sitzung wurde dieses Thema kurz angesprochen. Herr Demke welcher den Feuerwehrbedarfsplan vorgestellt hat, ging in der Sitzung auf diese Frage bereits ein und gab folgende Antwort: *„Waldbrandschutz ist in der Zuständigkeit der Forstbehörden, Im Wesentlichen wird die Wasserversorgung im Wald mit Tanklöschfahrzeugen sichergestellt“.*

In dieser Sitzung war auch der Kreisbrandmeister, Herr Halter, anwesend. Er ergänzte noch die Antwort von Herrn Demke wie folgt: *„Der Landkreis ist derzeit dabei eine Waldbrandgruppe zu erstellen. Es ist geplant, dass es Personal und Fachberate gibt, welche zusätzlich in einer solchen Situation vor Ort kommen und dann die örtlichen Kräfte anleiten. Er sieht den Landkreis hier für die Zukunft gut aufgestellt“.*

Aufgrund der oben geschilderten Punkte ist die Verwaltung der Meinung, dass dieser Antrag nicht weiter vertieft werden muss. Dennoch werden wir anregen dass der Kontakt zwischen den Güglinger Feuerwehren und der vom Landkreis einzurichtenden Waldbrandgruppe vertieft werden sollte.

c) Aussetzen der Kita-Gebühren

Es wird beantragt, die Elternbeiträge für die Kitas in Güglingen für die kommenden zwei Jahre auszusetzen. Diesem Vorschlag kann sich die Verwaltung so nicht anschließen. Die Belastung aller – nicht nur der Familien – ist hoch und wird auch noch steigen. Allerdings wird hier das Problem gesehen, dass nur eine bestimmte Gruppe entlastet wird. Wie wird mit Personen umgegangen, welche die Kinder zu Hause betreuen? Wie erfolgt eine Entlastung von Familien, welche keine Kinder in der Kita haben, da diese bereits in der Schule sind? Und nicht zuletzt, wie mit den Familien umgegangen, welche hier in Güglingen wohnen, deren Kinder aber nicht in Güglingen betreut werden und umgekehrt?

Des Weiteren haben auch Personen mit geringem Verdienst große Belastungen oder bei kleiner Rente können kaum die laufenden Ausgaben beglichen werden.

Sofern eine Entlastung gesucht werden soll, müsste diese alle Gruppierungen einschließen.

Des Weiteren wird in Frage gestellt, wie nach den zwei Jahren vorgegangen werden soll. Wenn dann die Beiträge wieder anfallen, könnte dies auch als ungerecht empfunden werden von Familien, welche nicht in den „Genuss“ der ausgesetzten Beiträge gekommen sind.

Aufgrund der oben geschilderten Punkte bitte die Verwaltung von dem Antrag Abstand zu nehmen und bittet darum, diesem nicht zuzustimmen.

Gohm/Koch, 31.08.2022

Joachim Esenwein

Fraktionssprecher
Sophienstrasse 57
74363 Göglingen



BÜRGER - UNION e.V.
WÄHLERVEREINIGUNG
GÜGLINGEN - FRAUENZIMMERN - EIBENSACH

Göglingen, den 18.08. 2022

Joachim Esenwein Sophienstrasse 57 74363 Göglingen

An die
Stadtverwaltung Göglingen
Herrn Bürgermeister Ulrich Heckmann
Marktstraße 21
74363 Göglingen

Antrag der Bürger-Union (BU)

Sehr geehrter Herr Heckmann,

wir stellen den Antrag die Kindergartengebühren für die Familien und Alleinerziehenden in den Kindertagesstätten für 2 Jahre mit Beschluss auszusetzen und dies der Kirche ebenfalls zu empfehlen.

Ein dadurch auftauchender Abmangel soll durch die Stadt finanziell ausgeglichen werden. Wir bitten um die Behandlung des Antrages im September.

Begründung:

Die Belastung der Familien und Alleinerziehenden durch die Entwicklung der Gaspreise, die Gasumlage, die Inflation insgesamt steigt in einer Weise, die an die Substanz der Familien geht.

Sowohl die Familienministerin des Bundes , als auch die Innenministerin beschreiben die äußerst angespannte Lage für die Familien.

Der Beschluss greift sofort, hilft den Bürgerinnen und Bürgern sofort.

Es ist ein Beitrag zur Entlastung des Familienbudgets.

Die Grundsicherung der Kinder wird erst 2024/2025 realisiert werden können.

Die Steuerentlastungen (kalte Progression, Anhebung des Steuerfreibetrages) helfen ebenfalls nicht sofort. Und sie sind weit davon entfernt einen Ausgleich für die Inflation zu schaffen.

Auch die Absenkung der Mehrwertsteuer auf 7% gleicht in den meisten Fällen die Gasumlage nicht aus und schon gar nicht die Preissteigerungen bei Gas und Strom.

Mit freundlichem Gruß

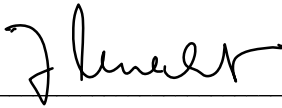
Joachim Esenwein
Fraktionssprecher der Bürger-Union

Weitere Unterschriften:

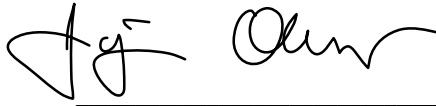
Stefan Ernst
Stadtrat der Bürger-Union

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'S Ernst', written above a horizontal line.

Joachim Knecht
Stadtrat der Bürger-Union

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'J Knecht', written above a horizontal line.

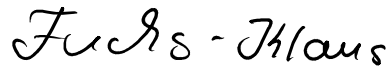
Jürgen Ottenbacher
Stadtrat der Bürger-Union

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Jg Ottenbacher', written above a horizontal line.

Renate Nowak
Stadträtin der Bürger-Union

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'R Nowak', written above a horizontal line.

Marion Fuchs
Stadträtin der Bürger-Union

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Fuchs-Klaus', written above a horizontal line.